

5 Fragestunde

Beginn Fragestunde: 12.19 Uhr.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Wir kommen schon zur Fragestunde. Wir haben jetzt 12.19 Uhr und ich darf Herrn Gemeinderat Pointner bitten, die anderen Frage an Frau Vizebürgermeisterin Judith Schwentner zu stellen.

5.1 Frage 1: Mehrkosten des Stockholm-Systems (GR Mag. Pointner, Neos an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

GR Mag. **Pointner:**

Herzlichen Dank, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werde Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher:innen, live und an den Endgeräten im Livestream. Ich darf die heutige, letzte Sitzungsperiode mit einem Baumthema eröffnen. Wie überlebt ein Baum in einer Stadt, in einer Straße unter den Bedingungen des Klimawandels? Ist gleich: viel mehr Hitze, viel mehr Starkregenereignisse, lange Trockenperioden. Und da gibt es zwei Begriffe, wie man das mit Common Sense und meiner Meinung nach am besten zustande bringt, das ist das Schwammstadtprinzip unter Zuhilfenahme des Stockholm-Systems. Ich darf es kurz erklären. Das Schwammstadtprinzip ist Folgendes, dass dem Baum so viel Platz gewährt wird, dass das Wasser an Ort und Stelle versickern kann und dem Baum quasi als Schwamm zur Verfügung steht, wodurch der Baum in Trockenperioden besser aus seinen Untergrund zurückgreifen kann und diese Perioden gut überbrücken kann. Weites wird bei Starkregenereignissen durch den Schwamm, das Kanalsystem entlastet und wir haben Überflutungen möglichst und tunlichst vermieden. Das beste System dafür, ist das Stockholm-System. Da erspare ich mir die Details, das ist eine gute technische Einrichtung, wie man dieses Schwammstadtprinzip am besten umsetzt und den Baum

so am besten ernährt. Da geht es ein Pilotprojekte in Graz dazu, Grazer Stadtbaum 2020 bis 2022, und das bewährt sich alles sehr gut. Und wir unterstützen das sehr und müssen uns natürlich als Neos, und ich persönlich wundere mich, dass bei Projekten wie in der Annenstraße oder in der Zinzendorfgasse dieses Schwammstadtprinzip und Stockholm-System nicht zur Anwendung kommt, sondern, dass dort Tröge hingestellt werden. Ich bin heute wieder, weil es mein täglicher Weg in die Stadt ist, durch die Zinzendorfgasse gefahren. Das sind Metalltröge, die dann innen mit Polyethylen ausgelegt werden und eigentlich wirklich klein dimensioniert sind. Und ich glaube nicht, dass das so sehr, sehr nachhaltig und nicht pflegeintensiv ist. Sei es wie es sei. Auch in der Annenstraße wird jetzt sogar eine Lösung erhoben, anstatt, dass man dort auf in die Tiefe gepflanzte Bäume zurückgreift. Begründet wird das mit Problemen, mit unterirdischen Leitungen. Ich vermute, dahin geht jetzt auch meine Frage, dass der wahre Grund die große Kostenintensität des Stockholm-Systems ist.

Daher meine

Frage

an Sie, werte Frau Vizebürgermeisterin, haben Sie im Vorfeld der beiden Baustellen der Zinzendorfgassen und in der Annenstraße eine Prüfung in Auftrag gegeben, um in Erfahrung bringen zu können, wie viel die Baumpflanzung nach dem Stockholm-System vor Ort gekostet hätte (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin,

das Schwammstadt-Prinzip wird immer wieder ins Treffen geführt, wenn es darum

geht, die Stadt klimafit zu machen. Ziel des Schwammstadt-Prinzips ist es, Wasser an

Ort und Stelle versickern zu lassen und so einerseits das Kanalsystem zu entlasten und

andererseits Feuchtigkeit im Boden zu speichern, damit diese langfristig den

städtischen Pflanzen zur Verfügung steht. Dazu passend kommt bei der Baumpflanzung

und -sanierung gerne das sogenannte Stockholm-System zur Anwendung, wodurch speziell Stadtbäumen ein fruchtbarer Untergrund zur Verfügung gestellt wird. Mit dem Maßnahmenprogramm Grazer Stadtbaum 2020 – 2022, das im September 2020 einstimmig im Gemeinderat beschlossen wurde, startete die Stadt zudem ein Pilotprojekt, um Wasserkreisläufe zu schließen und Stadtbäume in ihrem Bestand zu sichern (GZ: 053644/2020/0002).

Wir NEOS unterstützen das Bestreben der Stadt, rasch klimafit zu werden und der Natur wieder mehr Platz einzuräumen. Deshalb sind wir auch sehr besorgt, wenn wir in aktuellen Medienberichten zu geplanten beziehungsweise abgeschlossenen Bauprojekten lesen müssen, dass sich Baumpflanzungen nach dem eingangs erwähnten Stockholm-System nicht umsetzen lassen.

(https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/bewegtestadt/6297323/Neue-Verkehrsloesung_Die-Annenstrasse-in-Graz-wird-jetzt-aufgemoebelt)

Vor allem das Argument, dass zum Beispiel in der Annenstraße oder der Zinzendorfgasse der Untergrund wegen der dort verlaufenden Leitungen nicht zur Baumpflanzung geeignet wäre, ist für uns NEOS nicht ganz nachvollziehbar. Möchte man den Weg zu einer zukunftsfiten und klimafreundlichen Stadt konsequent gehen, dann müssen die heutigen Baustellen unbedingt dazu genutzt werden, Stadtbäume nach dem Stockholm-System zu pflanzen!

Der wahre Grund für den Verzicht auf diese so wichtigen neuen und zukunftsfiten Stadtbäume sehen wir in den potenziell hohen Kosten, die mit einer Verlegung von Kabeltrassen und Kanälen im Erdreich verbunden sind. Dieses Argument wäre mit Blick auf die immer noch sehr angespannte Finanzlage der Stadt Graz nachvollziehbar, doch gleichzeitig auch ein Armutszeugnis für eine Stadtregierung, die sich dem Klimaschutz verschrieben hat.

Um Licht ins Dunkel zu bringen und der Öffentlichkeit erstmals konkrete Beträge nennen zu können, stelle ich daher gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat die

Frage:

Haben Sie im Vorfeld der beiden Baustellen in der Zinzendorfgasse und in der Annenstraße eine Prüfung in Auftrag gegeben, um in Erfahrung zu bringen, wieviel die Baumpflanzung nach dem Stockholm-System vor Ort gekostet hätte

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Danke, lieber Herr Gemeinderat, dass wir heute mit einem Baumthema beginnen, weil jeder, der nicht kennt, weiß, dass mir Bäume sehr wichtig sind und je mehr Bäume gepflanzt werden in Graz desto besser, nämlich im Sinne des erwähnten Klimawandels, beziehungsweise vor allen in Bezug auf die Klimawandelanpassung. Jeder Baum ist Schatten, jeder Baum ist Leben. Und mir können es nicht zu wenig Bäume sein. Insofern eine berechtigte Frage, ich kann nur sagen, zum Schwammstadtprinzip, nicht jeder Baum, der in Graz gepflanzt wird, wird nach dem Schwammstadtprinzip gepflanzt, weil es nicht immer notwendig ist. Wichtig ist es vor allem dort, wo es stark versiegelt ist, wo befestigte Oberflächen sind, wo wenig Platz ist für offene Baumscheiben, also sozusagen mehr Grün rund herum, und wo man sozusagen unterirdisch Wurzelraum schaffen muss. Es werden auch Bäume in klassischer Weise weiterhin gepflanzt. Dort schaut man aber mittlerweile, dass die Pflanzgrube ein zertifiziertes Baums substrat bekommt. Ich habe mich letztens davon in Kenntnis setzen lassen in der ...

*(Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner** zu Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:*

Sag, wo wohnst du?)

In der Rankengasse, Entschuldigung, dort bei dem Neubau *(lacht)*.

Aber das weiß eh jeder, ist ja kein Geheimnis. In der Rankengasse sind sozusagen konventionelle Bäume mit Baums substrat gesetzt worden. Entschuldigung, Frau Bürgermeisterin, dass ich dir zu nahetrete. Weil das wichtige Baumpflanzungen sind, im Zusammenhang mit Wohnbauten. Also es wird geschaut, was ist die jeweilige Standortbedingung für den Baum? Zu den Kosten zuerst und dann zu den beiden genannten Straßen. Die Kosten sind, wenn man einen normalen Baumstandorten in klassischer Bauweise, ohne Entsiegelungsmaßnahme hat 3.000 Euro, ein klassischer

Baumstandort mit notwendigen Entsiegelungsmaßnahmen kostet 6.000 Euro. Also da steht Asphaltabbruch, Randleisten setzen, Baumpflanzung, Substrat und andere Pflege dabei, zum Beispiel ein Baumstandort in Schwammstadtbauweise ohne Entsiegelungsmaßnahmen und ohne Wiederherstellung der befestigten Bereiche kostet ungefähr 10.000 Euro. Und ein Baumstandort in Schwammstadtbauweise mit Entsiegelungsmaßnahmen und Wiederherstellung der befestigten Bereiche kostet zwischen 10.000 und 25.000 Euro. Es kommt aber dann immer dazu, das ist sehr variabel, weil man nicht weiß, was eben unterhalb ist, welche Leitungen, was muss man vielleicht noch an Anpassungen tätigen, um einen Baum setzen zu können. Und dann komme ich schon zur Annenstraße. Die Annenstraße schaut so aus, weil man dort keine Bäume setzen kann, außer gräbt wirklich alles auf und macht eine Komplettbaustelle. Das ist damals nicht passiert, jetzt habe ich das Jahr vergessen, unter meiner Vorgängerin Lisa Rücker, weil es eben nicht möglich war, aufgrund der Leitungen im Untergrund aber auch der Leitungen oben zur Straßenbahn, wirklich Bäume zu setzen. Und das würde nicht der Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, wem sage ich das, entsprechen, wenn man dort Bäumen pflanzt oder alles aufgemacht, vor allem, wenn gerade keinen Grund hat oder keine massiven Leitungsarbeiten. In dem Fall ist sozusagen die Annenstraße mehrfach geprüft und haben wir zu dieser Variante, schön, dass das heute im Stadtsenat übrigens beschließen konnten, eine Variante jetzt mit Trögen, um dort Verbesserungen zu erzielen, gesetzt. Und zur Zinzendorfgasse, dort ist das ja bekannterweise eine temporäre Geschichte geworden aus Kostengründen. Und wenn sich das bewährt und wir sehen, dass nach Evaluierungen, dass das angenommen wird, ähnlich wie in der Stockergasse beim Lendplatz, wo ja auch eine große Akzeptanz ist, dann, und wenn das entsprechende Geld zu verfügen haben, wollen wir dort Bäume setzten. Natürlich wäre es super für die Zinzendorfgasse, dort echte Bäume zu setzen. Und dann kann man diese Tröge, die dort jetzt sind, wieder woanders hin verfrachten und weitere Gassen begrünen auf die Art und Weise, temporär. Also es hat alles einen Mehrwert (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner**:

Danke, für das Hinweisen auf meine Kontrollfunktion. Ich bin glücklich, dass wir jetzt auch über Klimapolitik, das, was ihr Herzensanliegen, auch meines, ist, sprechen. Ich sage, möglich ist alles, wenn man nur will. Ich glaube, wenn man sich die Lebenskosten anschaut, mit diesen Trögen und mit dem Stockholm-System, ich glaube, dass die Trogpflege über die Jahre hinweg und dass man da immer wieder etwas neu reinsetzen muss, dass hier dann Stockholm-System sehr schnell besser aussieht. Ich habe übrigens genau von solchen Straßen gesprochen, die eben stark versiegelt sind, und nicht von den anderen Möglichkeiten, wie man Bäume in der Stadt setzen kann. Jetzt gibt es allerdings auch noch das Grüne Netz Graz, das ist ja ein Maßnahmen- und Strategiepapier, das wir übrigens im Gemeinderat heuer beschlossen haben, dass wir das stärker ausbauen wollen. Und das ist ja ganz schön, dieses Grüne Netz, weil das hat ja die Idee eines Baums zugrunde. Da gibt es einen Grünkorridor, das ist die Mur, das ist quasi der Baumstamm, wie wir ihn planen. Dann gibt es dicke Äste, das sind Grünzüge, das ist zum Beispiel eben die Straße am Mariatroster Bach entlang, und dann gibt es die Zweige, die Grünverbindungen. Und für mich ist es halt sehr schade, dass, zum Beispiel die Zinzendorfgasse wäre eigentlich ein beginnender Grünzug und da wurde die Möglichkeit einfach verpasst, den jetzt nicht in der Schubertstraße anfangen zu lassen, den könnte man ja schon der Zinzendorfgasse anfangen lassen, durch das Bepflanzen nach dem Schwammstadtprinzip. Daher meine Zusatzfrage: Spricht Ihr Vorgehen bei der Umgestaltung eben nicht gegen das Konzept des Grünen Netzes Graz, das wir uns eigentlich selbst auferlegt haben?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Nein, weil das kein Widerspruch ist. Also wie gesagt, das ist die Umsetzungsvariante 1, die wir jetzt machen in der Zinzendorfgasse. Und wenn es sich bewährt, dort ist es wahrscheinlich leichter möglich, als in der Annenstraße wirklich Bäume zu setzen. Das kann in der Zukunft erfolgen. Wir haben, und ich brauche niemandem etwas zu

erzählen, wir öfter übrigens morgen, herzliche Einladung in die Zinzendorfsgasse, morgen geht es los mit der Begegnungszone Grüne Meile (*Appl.*)

aber wir haben eine temporäre Variante gewählt, aus vielen Gründen und das kann dann erfolgen. Ich verfolge das Grüne Netz natürlich und ich freue mich auch, dass wir heute den Grünflächenfaktor beschließen haben können im Stadtsenat. Das Stück ist heute durch Manfred Eber vorbereitet worden, auch da mehr Bäume, mehr Varianten sozusagen zur Entsiegelung und mehr Grün für die Stadt. Also wir sind auf dem Weg, das auch in entsprechenden Verordnungen zu verankern und natürlich verfolgen wird das weiter (*Appl.*).

5.2 Frage 2: Autofreie Neutorgasse (GR Günter Wagner, FPÖ an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

GR Günter **Wagner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin. Ich glaube, es ist keinem entgangen, das Verkehrschaos in Graz sorgt die letzten Monate bereits für sehr großen Unmut in der Grazer Bevölkerung. Das wurde verursacht und erzeugt durch Ihre autofeindliche Verkehrspolitik, durch die Tatsache, dass möglichst viele Baustellen und zeitgleich in Graz aufgerissen werden und natürlich verschärft durch die wichtige Baustelle in der Neutorgasse. Viele Grazer befürchten, dass die Verkehrssituationen nicht besser werden wird, weil man inzwischen schon davon ausgeht oder befürchtet, dass eben diese Neutorgasse unter Umständen danach auch für die Autofahrer geschlossen bleibt. Einige vermuten hier sogar, dass diese lange Dauer der Baustelle hier schon ein bisschen, wie Sie das immer so schön sagen, einen Push-Effekt bringt, die Leute ein bisschen zu ihrem Glück zwingt. Man darf gerne gegen das Auto sein, das ist eine Sache, aber meistens sitzt da ein Fahrer oder eine Fahrerin drinnen, und es sollte uns

schon um die Menschen gehen und denen muss man hier eine gewisse Sicherheit geben. Und deshalb folgende

Frage

an Sie: Planen Sie, die Neutorgasse nach Ende der Baustelle wieder für Autofahrer zu öffnen (Appl.)?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Das Verkehrschaos in Graz sorgt bereits seit Monaten für große Frustrationen in der Bevölkerung. Dieses wurde erzeugt durch die rücksichtslose linke Verkehrspolitik und zusätzlich verschärft durch Baustellen wie etwa jene in der Neutorgasse. Viele Grazer befürchten, dass diese Verkehrssituation zum Dauerzustand wird, wenn die Neutorgasse auch nach dem Ende der Baustelle für Autofahrer geschlossen bleibt. Einige vermuten sogar, dass hinter der außergewöhnlich langen Dauer der Baustelle das Kalkül steckt, die Bevölkerung bereits an eine autofreie Neutorgasse zu gewöhnen. Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, nachstehende

Anfrage:

Planen Sie, die Neutorgasse nach dem Ende der Baustelle wieder für Autofahrer zu öffnen?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ja, Herr Gemeinderat, Sie sagen es, in jedem Auto sitzt ein Mensch, und deswegen ist meine Verkehrspolitik eine menschenfreundliche Verkehrspolitik vielleicht das vorweg. Es soll allen Verkehrsteilnehmer:innen im Stadtraum gut gehen, den Fußgänger:innen,

den Radfahrer:innen, denen, die im öffentlichen Verkehrsmittel sitzen und den Autofahrer:innen. Ich finde es sehr interessant und ich glaube, da braucht man wirklich sehr, sehr viel, ich sag jetzt einmal Fantasie, mir zu unterstellen, dass ich eine Baustelle in dem Ausmaß, eine Jahrhundertbaustelle in der Grazer Innenstadt aufhalten kann und verzögern kann, weil ich sozusagen andere Pläne hätte. Ich glaube, da würden einige, hoffentlich der Stadtrechnungshof und andere aufzeigen und mit hier auf die Finger hauen. Also wenn das so funktioniert in der Stadt, dann hätten wir ein Problem. Ich habe keine geheimen Gedanken. Wir verfolgen jetzt dieses große Projekt. Und dieses große Projekt dauert so lange, weil da ja viel parallel passiert, wie Sie wissen. Jetzt gerade, und wenn man hingehet, dann sieht man das, da werden nicht nur Schienen verlegt und der Straßenraum neu gemacht, es werden Leitungen für Strom, Wasser, Kanal, Telekommunikation und weitere verlegt, also neue Infrastruktur in der Innenstadt geschaffen. Das ist nicht banal und deswegen dauert das so lange. Aber Sie können hier sicher mehr Auskunft einholen, warum das lange dauert, und vielleicht wollen das andere auch mitmachen, bei der Stadtbaudirektion, allen voran beim Herrn Masetti. Wir haben schon öfter geredet, es gibt das Baustellentelefon, also einfach anrufen, aber die Neutorgasse wird 2024 fertig, das ist auch kein Geheimnis. Und wir prüfen gerade mit den Verkehrsabteilungen eine zukünftige Verkehrsorganisation, wir evaluieren gerade diese zwischenzeitlichen Maßnahmen. Jetzt ist das wirklich eine brisante Situation, weil der Bus in die Gegenrichtung fährt, weil eine Spur ist. Das ist eine Herausforderung für alle, ist uns bewusst. Ich hoffe, das wird jetzt im Sommer mit Ferienbeginn heute auch ein bisschen entspannter. Sicher ist, dass die Neutorgasse auch in Zukunft immer zugänglich sein wird, auch mit dem Auto erreichbar für die Anwohner:innen, für die Einsatzfahrzeuge, für Menschen mit Behinderungen, für Menschen mit einem Ziel dort und alles andere evaluieren wir jetzt und Sie werden früh genug davon erfahren, wie das Verkehrssystem dann dort vor Ort aussehen wird (Appl.).

GR Günter **Wagner**:

Also, danke für die klare Antwort, denn ausgelassen hat man dann diese ganzen Menschen in Graz, die in Graz konsumieren wollen, die sich in Graz aufhalten wollen oder die, die aus Graz-Umgebung vielleicht den Weg in die Stadt finden und hier vielleicht einkaufen wollen. Die haben Sie jetzt ganz bewusst, nehme ich einmal an, ausgelassen, aber wichtig und an erster Stelle stehen ja dann diese Betriebe, die genau diese Gäste und diese Konsumenten brauchen. Und damit meine Frage: Wann werden diese Betriebe und Gastronomen informiert, falls Sie solche Pläne hegen, eben diese Besucher dann bewusst mit dem Auto dort nicht mehr zufahren zu lassen?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Also wie gesagt, die Verkehrssituation im Neutorviertel ist eine sehr komplexe. Wir haben sehr viele kleine Gassen, wir wollen dort natürlich die Lebensqualität erhöhen. Die genannten Bäume sollen dort vor allem auch gesetzt werden, werden auch in Neutorgasse viel mehr kommen. Und das evaluieren wir mit sämtlichen Fachabteilungen der Stadtbaudirektion, was eben hier ein vernünftiges Konzept ist. Natürlich gilt das auch für die Gewerbetreibenden, dass die immer ein Ziel erreichen dort, wenn ich die vergessen habe zu erwähnen, dann hole ich das jetzt nach. Und ich habe auch gesagt, alle, die dort ein Ziel haben. Es gibt kein fertiges Verkehrskonzept. Ziel ist es, den Verkehr dort zu beruhigen, aber alles andere offen und Sie werden in Kenntnis gesetzt (*Appl.*).

5.3 Frage 3: Andritzer Außenstelle des Johann-Joseph-Fux-Konservatoriums (GRⁱⁿ Mag.^a Mohsenzada, KPÖ an StR Dr. Riegler, ÖVP)

GRⁱⁿ Mag.^a **Mohsenzada:**

Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher, liebe Stadtregierungsmitglieder, auch ein herzliches Hallo von mir bei der letzten Gemeinderatssitzung vor der Sommerpause. Sehr geehrter Herr Stadtrat, seit vielen Jahren ist die Außenstelle des Johann-Joseph-Fux-Konservatoriums in der Prochaskagasse ein Fixpunkt der musikalischen Bildung und Ausbildung in Andritz. In den Kinderkursen des Johann-Joseph-Fux-Konservatoriums haben Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, in der Gruppe gemeinsam zu singen, zu musizieren und zu tanzen. Der Unterricht findet einmal wöchentlich statt und ist auch eine ideale Vorbereitung beziehungsweise Ergänzung zum Instrumentalunterricht. In das Eltern-Kind-Musizieren kommen Kleinkinder im Alter von 2 bis 4 Jahren mit einer Bezugsperson, die musikalische Früherziehung ist für Kinder von 4 bis 6 Jahren. Für Kinder im Volksschulalter und Teenager gibt es folgendes Kursangebot: Musik und Tanz, Elementares Musiktheater, Schlagwerkensemble und Elementare Musikalische Schulung. Das Angebot an Instrumentalunterricht umfasst die Fächer Blockflöte, Gitarre, Klavier, Violine und Querflöte. Viele Kinder und Jugendliche in Andritz haben ihre musikalische Karriere in der Außenstelle Andritz gestartet, meist schon im frühen Kindergartenalter im Rahmen der musikalischen Früherziehung. Der große Festsaal ist mit seiner guten Akustik nicht nur bestens für den Gruppenunterricht geeignet, sondern wird auch für Vorspielstunden und Aufführungen, aber in der Vergangenheit auch immer wieder gerne für Bälle und für Aufführungen von Chören beziehungsweise für andere Veranstaltungen, sowie Neujahrs- und Weihnachtskonzerte genutzt. Nun soll es damit vorbei sein. Der benachbarte Kindergarten benötigt mehr Raum, was durchaus verständlich ist. Allerdings ist bis heute nicht klar, wie es mit der Außenstelle des Konservatoriums in Andritz weitergehen soll. Angekündigt ist nur, dass die Außenstelle schon im

kommenden Herbst ihre Räumlichkeiten verliert. 200 Schüler:innen und 20 Lehrende hängen damit ebenso in der Luft, wie etliche Gesangs- und Musikvereine in Andritz. Für Andritz wäre der Verlust des etablierten und hochqualitativen Musikunterrichts des Konservatoriums ein schwerer Schlag. Auch ein wichtiger Teil des sozialen Lebens in Andritz ginge damit verloren. Damit der Musikunterricht in bewährter Qualität weitergeführt werden kann, braucht es ausreichend Räumlichkeiten: Für Gruppenunterricht und Aufführungen einen ausreichend großen Saal mit guter Akustik, Räume für den Instrumentalunterricht und Platz für Material und Instrumente. Vor einem Monat hat der Andritzer Bezirksrat bereits einen Antrag zum Erhalt der Außenstelle des Johann-Joseph-Fux-Konservatoriums an einem einheitlichen Standort gestellt. Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen. Ich unterstütze den Wunsch des Bezirkrates und stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Welche Schritte haben Sie in Ihrem Wirkungsbereich unternommen, um den Erhalt der Außenstelle des Johann-Joseph-Fux-Konservatoriums in Andritz an einem einheitlichen Standort sicherzustellen (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

seit vielen Jahren ist die Außenstelle des Johann-Joseph-Fux-Konservatoriums in der Prochaskagasse ein Fixpunkt der musikalischen Bildung und Ausbildung in Andritz.

In den Kinderkursen des Johann-Joseph-Fux-Konservatoriums haben Kinder und Jugendliche die Möglichkeit, in der Gruppe gemeinsam zu singen, zu musizieren und zu tanzen. Der Unterricht findet einmal wöchentlich statt und ist auch eine ideale Vorbereitung beziehungsweise Ergänzung zum Instrumentalunterricht. In das Eltern-Kind-Musizieren kommen Kleinkinder im Alter von 2 bis 4 Jahren mit einer Bezugsperson, die musikalische Früherziehung ist für Kinder von 4 bis 6 Jahren.

Für Kinder im Volksschulalter und Teenager gibt es folgendes Kursangebot: Musik und Tanz, Elementares Musiktheater (Musical), Schlagwerkensemble und Elementare Musikalische Schulung (EMS).

Das Angebot an Instrumentalunterricht umfasst die Fächer Blockflöte, Gitarre, Klavier, Violine und Querflöte.

Viele Kinder und Jugendliche in Andritz haben ihre musikalische Karriere in der Außenstelle Andritz gestartet, meist schon im frühen Kindergartenalter im Rahmen der musikalischen Früherziehung.

Der große Festsaal ist mit seiner guten Akustik nicht nur bestens für den Gruppenunterricht geeignet, sondern wird auch für Vorspielstunden und Aufführungen (Musicals), aber in der Vergangenheit auch immer wieder gerne für Bälle (Kinderfasching, Seniorenball) und für Aufführungen von Chören beziehungsweise für andere Veranstaltungen, sowie Neujahrs- und Weihnachtskonzerte genutzt.

Nun soll es damit vorbei sein! Der benachbarte Kindergarten benötigt mehr Raum, was durchaus verständlich ist. Allerdings ist bis heute nicht klar, wie es mit der Außenstelle des Konservatoriums in Andritz weitergehen soll. Angekündigt ist nur, dass die Außenstelle schon im kommenden Herbst ihre Räumlichkeiten verliert. 200 Schüler:innen und 20 Lehrende hängen damit ebenso in der Luft, wie etliche Gesangs- und Musikvereine in Andritz.

Für Andritz wäre der Verlust des etablierten und hochqualitativen Musikunterrichts des Konservatoriums ein schwerer Schlag. Auch ein wichtiger Teil des sozialen Lebens in Andritz ginge damit verloren.

Damit der Musikunterricht in bewährter Qualität weitergeführt werden kann, braucht es ausreichend Räumlichkeiten: Für Gruppenunterricht und Aufführungen einen ausreichend großen Saal mit guter Akustik, Räume für den Instrumentalunterricht und Platz für Material und Instrumente.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgende

Frage:

Welche Schritte haben Sie in Ihrem Wirkungsbereich unternommen, um den Erhalt der Außenstelle des Johann-Joseph-Fux-Konservatoriums in Andritz an einem einheitlichen Standort sicherzustellen?

StR Dr. **Riegler:**

Auch einen schönen, guten Tag an alle da draußen von mir. Geschätzte Frau Gemeinderätin, vorweg darf ich mich für die Frage bedanken, denn sie gibt mir Gelegenheit, ein wenig an Verunsicherung zu beseitigen, die offenbar ganz bewusst hier geschürt wird. Ich darf ganz direkt antworten. Wir sind seit knapp einem Jahr in intensiven Gesprächen, und zwar zwischen der Direktion des Konservatoriums, dem Kulturamt und der Abteilung für Bildung und Integration, um diesen überaus bewährten und unverzichtbaren Standort Andritz in seiner bisherigen, möglichst einheitlichen Form erhalten zu können. Wie Sie aber selbst ausführen, ist das leider in dieser Form nicht aufrecht zu erhalten. Aus diesen Gründen ist es erforderlich eine erfolgreiche Außenstelle Andritz für das Johann-Joseph-Fux-Konservatoriums einen neuen geeigneten Standort zu suchen. Es wurden bereits mehrere Optionen diskutiert. Derzeit ist zum Beispiel die Schule in der Prochaskagasse im Gespräch. Gerade jetzt finden dort gemeinsam mit dem Konservatorium Begehungen statt. Ferner wird auch darüber nachzudenken sein, ob wir nicht beim Bau des Turnsaales der Volksschule Viktor Kaplan einen möglichen Standort finden, um dort einen Musikraum mitdenken zu können. Ich darf also durchaus positiv antworten, ja, das Problem ist erkannt und in meinem Verantwortungsbereich wird heftig daran gearbeitet, eine Lösung zu finden (Appl.).

GRⁱⁿ Mag.^a **Mohsenzada:**

Vielen Dank. Mir wäre es sehr wichtig, dass diese neue Außenstelle an einem Standort stattfindet, und nicht, wie Sie jetzt ausgeführt haben, an drei Standorten. Können Sie das nicht irgendwie sicherstellen, dass wir an einem einzigen Standort wären? Weil

irgendwie müssten die Lehrer:innen die Instrumente und Klaviere, von mir aus auch vom einem Ort zum nächsten bringen. Also können Sie trotzdem sich bemühen, dass an einem Standort eine Außenstelle geschaffen wird?

StR Dr. Riegler:

Ich meine, alles wird nicht gehen. Wir sind eben hier sozusagen in einem Interessenausgleich zwischen neuen Kindergartenplätzen, die dringend benötigt werden, und andererseits diesem Bedürfnis. Beides wird nicht gehen. Wir werden halt irgendwie schauen müssen, dass wir uns hier durchleiten. Ich darf übrigens darauf verweisen, dass seit Jänner 2023 ein Finanzierungsantrag oder ein Finanzierungsbeschluss für den Kindergarten Prochaskagasse vorliegt, der von der Koalition bisher nicht akzeptiert wurde, dass der eingebracht werden durfte, denn selbst, wenn wir im Herbst 2023 die Kindergartengruppen beschließen, haben wir dann eine Bauzeitverzögerung vor einem Jahr und haben dann eben eine weitere Chance vertan. Also es ist halt so, wie auch schon in diesem Rahmen und in diesem Halbjahr öfters diskutiert, es liegt halt auch ein bisschen an der Finanzierung und der Bereitschaft der Koalition auch entsprechende Finanzmittel freizumachen (*Appl.*).

5.4 Frage 4: Erhöhter Personalbedarf der Grazer Berufsfeuerwehr (GR Huber, ÖVP an StR Eber, KPÖ)

GR Huber:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, lieber Herr Stadtrat. Meine Frage betrifft ja ein Thema, das uns, glaube ich, alle recht erschüttert hat, nämlich den Brand in der Rösselmühle Anfang April. Wenn man hier mit den Verantwortlichen der Berufsfeuerwehr Graz spricht, konnte hier eigentlich nur durch Glück und durch die

schnelle und rasche Hilfe vieler Freiwilliger und den Feuerwehren aus Graz-Umgebung Schlimmeres verhindert werden. Und ich glaube, man muss diesen Brand schon als mahnendes Beispiel hernehmen, dass die Grazer Berufsfeuerwehr hier durchaus an personelle Grenzen stößt, denn die Feuerwehr ist ja nicht nur für die Brandbekämpfung in Graz zuständig, sondern muss natürlich auch mit den Umweltereignissen, wie Hochwasser, etc., immer mehr zu Lande kommen. Und deswegen ist es schon ein wichtiges Thema, wie wir mit der Grazer Berufsfeuerwehr umgehen. Ich glaube, nach diesem Brand hat es einen relativ raschen Termin gegeben von dir mit den Verantwortlichen der Grazer Berufsfeuerwehr, wo ja ein Personalbedarf von ca. 30 Personen mehr angemeldet wurde. Das war jetzt Anfang April, seitdem ist hier leider halt nichts mehr passiert von deiner Seite. Und da es halt hier wirklich und die Sicherheit der Grazer Bevölkerung geht, und man ja jederzeit wieder damit rechnen muss, leider, dass so ein Ereignis eintritt, stelle ich an dich, lieber Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Bis wann kannst du der Grazer Berufsfeuerwehr die Aufstockung des benötigten Personalbedarfs zusagen (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Aus gegebenem Anlass – Brand der Rösselmühle – stelle ich an Dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Bis wann kannst du der Grazer Berufsfeuerwehr die Aufstockung des benötigten Personalbedarfs zusagen?

StR Eber:

Lieber Herr Gemeinderat, ich darf dir danken für deine Frage. Sie gibt mir die Gelegenheit, ein bisschen etwas wieder über die Berufsfeuerwehr zu sagen, die natürlich tagtäglich sicherstellt und ihre Einsatzqualität auch unter Beweis stellt. Wir haben alleine im letzten Jahr über 6.000 Einsätze der Grazer Berufsfeuerwehr aufzuweisen und das ist so, über die letzten Jahre gesehen, ungefähr ein durchschnittlicher Wert. Realistischerweise sind in diesem Wert ungefähr vier bis sechs Großschadensereignisse enthalten. Dazu zählen natürlich Großbrände, also sowie von dir angesprochen, am 1. April in der Rösselmühle, aber, hast du auch schon gesagt, auch Unwetterlagen, technische Einsätze, beispielsweise bei Bus- oder Bahnunfällen und natürlich auch Schadstoffaustritte und Gasereignisse. Tatsächlich ist es so, dass das Großbrandereignis in der Rösselmühle am 1. April von mir auch zum Anlass genommen wurde, um den derzeitigen Feuerwehrbedarfsplan genauer anzusehen. Und gerade bei solchen Ausnahmesituationen, wie bei der Rösselmühle, zeigt sich dann ja auch, was sehr gut funktioniert und wo eventuell auch Handlungsbedarf notwendig ist. Grundsätzlich kann man jedenfalls, glaube ich, feststellen, dass der vorfindliche Einsatz bei der Rösselmühle gleichzeitig auch die Kapazitätsgrenzen aufgezeigt hat. Nunmehr liegt jedenfalls ein überarbeiteter Bedarfsplan vor. Jedoch muss man sagen, dass eine Umsetzung derzeit noch nicht möglich ist. Das liegt nicht zuletzt natürlich auch an der in finanziellen Situation unserer Stadt und gerade auch erst in den letzten Tagen und Wochen ist ja die Änderung bei den Sozial- und Pflegeleistungskosten und die entsprechende Finanzierung aufgeschlagen, die zu einer massiven Mehrbelastung für die Stadt Graz führen würde. Und da werden wir auf alle Fälle auch die entsprechenden Verhandlungen, die ist ja insbesondere auf Beamtenebene weitergehen, abwarten müssen. Jedenfalls werde ich den neuen Bedarfsplan, wie er von der Feuerwehr angemeldet wurde, und wie du auch ausgeführt hast, das würde bedeuten ungefähr 30 zusätzliche Dienstposten, allerdings auf einen längeren Zeitraum, weil man ja nicht alle gleichzeitig aufnehmen kann, werden wir diesen Bedarfsplan in die Budgetverhandlungen für das nächste Jahr, für 2024 mitnehmen. An dieser Stelle, weil wir gerade von der Feuerwehr reden, darf ich

auch eine Einladung aussprechen an alle. Wir feiern ja heuer 170 Jahre Grazer Berufsfeuerwehr und aus diesem Anlass unter anderem findet auch ein Tag der offenen Tür statt und zwar am Samstag den 9. September am Lendplatz. Dazu sind natürlich alle herzlich eingeladen, um sich auch von der Kraft unserer Feuerwehr überzeugen zu lassen. Danke (*Appl.*).

GR Huber:

Sehr geehrter Stadtrat, vielen Dank für die ausführliche Antwort. Also ich kann festhalten, die KPÖ spart gerne an der Sicherheit der Grazer Bevölkerung, wenn das so lange dauert, aber ok. Man muss halt sagen, Einsatzkräfte leben ja von der Reaktionszeit. Je schneller man reagiert, desto schneller kann man auch Probleme lösen. Würdest du jetzt von dir auch behaupten, dass deine Reaktionszeit angemessen ist bei diesem wichtigen Thema (*Appl.*)?

StR Eber:

Eines kann ich dir versichern. Die KPÖ, und auch die Koalition insgesamt, spart natürlich nicht der Sicherheit der Bevölkerung. Die Grazer Berufsfeuerwehr ist sehr gut aufgestellt, wie sich ja auch immer wieder zeigt. Und wir haben in dieser Periode bereits, in den letzten eineinhalb Jahren, schon viele wichtige Beschlüsse auch die gefasst, insbesondere was auch Investitionen anbelangt. Ich erinnere nur an die Feuerwache Ost, die jetzt vollständig modernisiert werden wird. Wir haben auch die entsprechenden Fahrzeuge angeschafft und auch ein Feuerwehrbootshaus wurde beschlossen, natürlich mit dem entsprechenden Boot auch dazu (*Gelächter im Saal*). Ja, ist wichtig, weil ein Bootshaus ohne Boot ist natürlich nur die Halle (*Appl.*). Also insgesamt, glaube ich, sagen zu können, dass wir mit der Grazer Berufsfeuerwehr in einem guten Einvernehmen sind und hier natürlich immer, wenn es notwendig ist, rasch reagieren. Was eine derartige Aufstockung natürlich anbelangt, ist es auch von der Feuerwehr selbst jetzt nicht möglich, die von heute auf morgen aufzunehmen,

sondern bedarf natürlich auch eines längerfristigen Plans, sage ich einmal. Man hat gar nicht die Kapazität, die entsprechenden Kurse und Schulungen anzubieten, also um das auf einmal zu bewerkstelligen, sondern ist natürlich sowie als Mehrjahresplan angelegt (*Appl.*).

5.5 Frage 5: Runder Tisch zum Thema Sicherheitskonzept auf Grazer Hundewiesen (GRⁱⁿ Slama, Grüne an StRⁱⁿ Schönbacher, KFG)

GRⁱⁿ Slama:

Ja, hallo. Meine Frage wäre ja grundsätzlich gewesen zum Runden Tisch mit dem Sicherheitskonzept für Grazer Hundewiesen, wie wir letzte Sitzung besprochen haben. Da jetzt aber heute in der Früh die Einladung gekommen ist, ziehe ich die Frage zurück, weil sie natürlich obsolet geworden ist. Dankeschön (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Dankeschön, das ist fein. Dann kommen wir zu nächsten Frage. Herr Klubobmann Pascuttini stellt die Frage an Herrn Manfred Eber.

5.6 Frage 6: Soforthilfefonds „Zusätzliche Maßnahmen für Lärmschutz – Verschubbahnhof Gösting“ (KO GR Mag. Pascuttini, KFG an StR Eber, KPÖ)

KO GR Mag. Pascuttini:

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, werte Zuseher, lieber Herr Finanzstadtrat. Es ist ja schon ein bisschen eine Tradition, dass wir in der Fragestunde aufeinander treffen zu Finanzthemen. Freut mich auch, dass diese

Enquete immer wieder auch von den Medienvertretern verfolgt wird. Ich habe mich heute sehr gefreut, dass diese Thematik, die wir vor einigen Monaten aufgegriffen haben, dass die heute in der Kleinen Zeitung umfassend beleuchtet worden ist, wo es um die Burgruine Gösting geht, wo man jetzt wirklich diesen Deal prüft und wo man sich vielleicht auch wirklich endlich dazu entschließt, auch ein bisschen auf das Geld des Steuerzahlers zu schauen, weil wenn diese Burgruine sich nicht öffnen lässt, dann werden wir nicht weiterhin zahlen. Das Geld brauchen wir ganz wo anders, nämlich in diesem Fonds für Verschublärmopfer, sage ich einmal ganz provokant. Und was mir auffällt, immer wieder, ist, dass dieser Gemeinderat etwas beschließt, dieser Gemeinderat etwas sagt, dass diese Gemeinderäte hier die statutarisch gewährleisteten Rechte auszuüben versuchen, aber dann kommt nichts. Das ist bei den Anfragen so, wenn man sich das anschaut, drei Monatebeantwortungsfrist, und niemand sitzt mit der Stechuhr hier, sind es halt vier Monate, ist mir doch blunzn. Aber wenn diese Anfragen im Oktober eingebracht werden und dann bis heute nicht beantwortet werden, dann ist das wirklich etwas, wo man sagt, schön ist das nicht. Das sind wirklich Rechte, die eigentlich diesen Gemeinderäten hier zustehen, die wir ja auch gegenüber der Bevölkerung vertreten müssen, und Sie missachten das einfach. Und jetzt haben wir hier einen besonders, ich sage einmal, dramatischen Fall der Missachtung des Statuts, weil, wenn der Gemeinderat beschließt bis Februar einen Bericht vorzustellen, dann kann das auch im März passieren. Da werde ich mich nicht hier hinstellen und eine Frage stellen. Aber, wenn das bis heute nicht passiert, und man dann versucht das dann irgendwie abzuklären und das eigentlich irgendwie zu nichts führt, dann frage ich mich schon, für was fassen wir hier Beschlüsse, für was bringen wir dringliche Anfragen ein, wenn das dann so nicht beachtet wird und das Statut so mit den Füßen getreten wird? Deswegen ergeht meine

Frage

an Sie, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat:

Wie ist der aktuelle Stand der bei der Gemeinderatssitzung im Jänner 2023 einstimmig beschlossenen Prüfung eines Soforthilfefonds für durch den Verschublärm stark betroffene Anrainer (Appl.)?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

In der Gemeinderatsitzung vom Jänner 2023 stellte unser Klub einen dringlichen Antrag, dessen Dinglichkeit einstimmig beschieden wurde und wurde auch der Inhalt dieses Antrags von allen Parteien einstimmig angenommen. Der Inhalt des Antrags beinhaltet die Prüfung der Einrichtung eines Soforthilfefonds für stark betroffene Anrainer, die unter anderem durch den andauernden Verschublärm ausgelösten Krankheitsbildern (Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Tinnitus, Angststörungen, ...) leiden. Dazu hätte dem Gemeinderat in der Februarsitzung ein Bericht vorgelegt werden sollen.

Aufgrund der schon sehr lange andauernden, mittlerweile auch bezirksübergreifenden (Lärm-)Belastung im Grazer Nordens besteht im Rahmen der Möglichkeiten der Stadt Graz dringender Handlungsbedarf, um zehntausende Anrainer vor gesundheitlichen Folgen der Lärmbelastung zu schützen.

Die beschlossenen – und bisher „nur“ angekündigten – Lärmschutzwände und Lärmschutzfenster allein werden vor allem in Hinblick auf den geplanten Güterverkehrskorridor keine nachhaltige und umfassende Wirkung entfalten können, zumal auch zahlreiche Beschwerden von Bewohnern aus Gebäuden mit moderner Bauweise kommen.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Wie ist der aktuelle Stand der bei der Gemeinderatssitzung im Jänner 2023 einstimmig beschlossenen Prüfung eines Soforthilfefonds für durch den Verschublärm stark betroffene Anrainer?

StR Eber:

Danke, lieber Herr Klubobmann, für die Frage. Ich möchte sagen, dass die Problematik mit dem Verschubbahnhof und dem Lärm, der dadurch entsteht, natürlich eine große ist, mit der viele Ämter und auch politische Vertreter ständig befasst sind. Was den konkreten, für den angesprochenen Dringlichkeitsantrag anbelangt, kann ich nur dazu sagen, dass es hier offensichtlich durchaus zu, wie soll man sagen, nicht ganz gut kommunizierten Abstimmungen gekommen ist zwischen verschiedenen Abteilungen und den dafür Zuständigen. Allerdings sind wir in den letzten Wochen und Monaten natürlich auch nicht ganz untätig geblieben. Ganz konkret kann ich jetzt sagen, dass wir nicht einen Fonds in diesem Sinne jetzt einrichten werden, sondern, dass wir auf die Bevölkerung aktiv auch zugehen werden mit einem Postwurf, oder wie auch immer das dann ausgestaltet sein wird, wo man erstens, einerseits natürlich konkrete Informationen geben: Also was passiert dort, auf was müssen sie sich einstellen, was kann die Stadt machen, was kann sie nicht machen. Zum anderen werden wir das Angebot machen, dass sich Betroffene, die in diesem Gebiet wohnen und diesen Lärmimmissionen ausgesetzt sind, an die Stadt Graz wenden können und dort diesen Gehörschutz abholen können werden. Also das heißt, wir sind hier jetzt noch nicht ganz fertig, sage ich einmal, aber wird sicher in den nächsten Tagen soweit sein, dass wir dann genau sagen können, wer kann sich wann und wo diesen Gehörschutz abholen, wie wird das ausfinanziert von unserer Seite, und da sind wir auch in Gesprächen mit den durchaus vielen Abteilungen, die hier in der Zuständigkeit sind (Appl.).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Vielen Dank, Herr Finanzstadtrat, für diesen Überblick und auch für das teilweise Schuleingeständnis. Das nehme ich so zur Kenntnis. Ich muss wirklich dazusagen, wenn bis Februar ein Bericht angekündigt wird oder auch beschlossen wird und der kommt dann nicht, dann ist das etwas ärgerlich. Noch ärgerlicher ist es, wenn man dann Monate später erfährt, na ja, gut dieser Fonds kommt nicht, geprüft ist nicht worden, Bericht haben wir auch keinen, aber es kommt jetzt a, eine Marketingmaßnahme, indem man eben einmal an alle Haushalte irgendwas ausschickt, ok, ich weiß nicht, ob das irgendjemandem hilft, der von diesem Schublärm betroffen ist, und b, man degradiert die Menschen zu Bittstellern, indem man sagt, ihr könnt jetzt zur Stadt kommen und dann werden wir auch großzügigerweise irgendetwas gewähren. Weil, gäbe es diesen Fonds, gäbe es diese Mittel, dann könnte man sagen, wir haben etwas für euch gemacht. Und dann könnte man zum Beispiel, wenn man sagt, gut, ok, das Geld, das man sinnloserweise im Moment in der Burgruine versenkt, hätte man hier schon hernehmen können. Also diese Antwort stellt mich wirklich nicht zufrieden. Ich habe jetzt nur eine abschließende Frage, egal nach welchem Modell Sie das dann ausgestalten, wenn jetzt die Person A vom Verschublärm betroffen ist und gerne einen Gehörschutz hätte, wann kann sie den beantragen zum frühestmöglichen Zeitpunkt (*Appl.*)?

StR **Eber:**

Um gleich konkreter auf die Frage einzugehen, das werden wir kommunizieren natürlich. Es handelt sich dabei ja auch nicht nur um einen Marketing-Gag, oder wie du das genannt hast, sondern es geht natürlich darum, dass die Leute tatsächlich sich diesen Gehörschutz dann abholen werden können. Nachdem es notwendig ist, das im Sommer noch umzusetzen, werden wir das wahrscheinlich nächste Woche auf alle Fälle bereits kommunizieren können (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Ich möchte nur anmerken, das wird auch über Abteilungen, die in meine Zuständigkeit fallen, Herr Klubobmann, erfolgen. Wenn man halt auch Anträge oft so formuliert sind, dass das in vielen Abteilungen, und das weiß ich als seit Jahrzehnten hier im Gemeinderat tätige, ist es manchmal so formuliert, dass es auch sehr schwer nachvollziehbar ist für das Präsidialamt, wo die Zuständigkeiten liegen. Weil das ist über mehrere Ämter gelangt und ist eigentlich, das möchte ich nur jetzt für meinen Stadtratskollegen halt auch so anmerken, das ist bei ihm ganz zuletzt gelandet. Das möchte ich nur anmerken, bevor man hier so große Töne redet.

Als nächstes bitte ich den Herrn Gemeinderat Hackenberger, weil dadurch, Frau Gemeinderätin Reininghaus, Sie müssen bitte dem Herrn Gemeinderat Hackenberger den Vortritt lassen, weil dadurch, dass die Frau Gemeinderätin Slama verzichtet hat, wären Sie jetzt der nächste gewesen.

*Zwischenruf GR Dr. **Hackenberger** unverständlich.*

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Kommen Sie bitte, dann halten wir die Reihenfolge ein.

5.7 Frage 10: Schallmessungen bei Freiluftveranstaltungen (GR Dr. Hackenberger, Grüne an StR Dr. Riegler, ÖVP)

GR Dr. **Hackenberger**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer, liebe Mitglieder des Magistrates. Vor etwa zwei Monaten habe ich aufgrund von erheblichen Beschwerden von Veranstaltern die Frage an den Herrn Stadtrat Riegler gerichtet, was er zu tun gedenkt

gegen sehr erratische und unvorhersehbare Einschränkungen bei Veranstaltungen durch das Veranstaltungsreferat. Und zwar geht es hier um Schallmessungen und zwar nicht etwa um Schallmessungen, die behördlicherseits vorgenommen werden, weil die sind gesetzlich gedeckt, sondern um Schallmessungen, die den Veranstaltern aufgetragen werden, was letztendlich auf eine verfassungsrechtlich nicht zulässige Selbstbeschuldigung hinauslaufen kann. Sie sagten uns im Rahmen der Fragestunde im Mai zu, dass Sie über die Regeln und Vorgaben der Behörde informieren werden. Ich habe mich inzwischen noch ein wenig fortgebildet und mir die Richtlinien der Stadt Graz nochmals genauer angesehen und dort, wenig überraschend, festgestellt, dass auch in den Richtlinien keine Grundlage dafür besteht, im Rahmen von Bescheiden zu Veranstaltungen, die Veranstalter dazu zu verpflichten selbst Schallmessungen durchzuführen. Das ist nicht ganz ohne für die Beteiligten, weil man dann natürlich ein entsprechendes Equipment braucht, was relativ teuer ist, und wie gesagt, zum zweiten, kann das zur Folge haben, dass man sozusagen der Behörde unter Strafe darzulegen hat, ob man gegen die Auflagen, was die Schallpegel betrifft, verstößt oder nicht, Stichwort Selbstbeschuldigung. Ich darf Ihnen daher folgende

Frage

stellen:

Welche Vorgaben erhalten Veranstalter:innen von Freiluftveranstaltungen hinsichtlich Messung und Kontrolle der im öffentlichen Raum verwendeten Musikanlagen (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

in der Gemeinderatssitzung vom Mai thematisierte ich die von Veranstalter:innen

kritisierten neuen Regelung bezüglich der durchzuführenden Schallmessungen. Die

Vorgaben der Behörde seien intransparent und nicht praktikabel, so die Kritik. In der

Fragestunde sagten Sie zu, über die Regeln und Vorgaben der Behörde zu Schallmessungen zu informieren. Da ich diese Information bislang nicht erhalten habe, stelle ich an Sie folgende

Frage:

Welche Vorgaben erhalten Veranstalter:innen von Freiluftveranstaltungen hinsichtlich Messung und Kontrolle der im öffentlichen Raum verwendeten Musikanlagen?

StR Dr. Riegler:

Danke, Herr Dr. Hackenberger. Eingangs muss ich aber erklären, dass wir hier in einem Bereich sind, der eigentlich nicht der politischen Ermessensentscheidung zugänglich ist, sondern das sind halt rechtliche Vorschriften, die die Bau- und Anlagenbehörde eben zu vollziehen hat. Und deswegen muss ich hier jetzt mehr oder weniger recht technisch vorlesen, was hier die Bau- und Anlagenbehörde dazu sagt. Also ich habe hier selbst jetzt keinen Spielraum, dass ich jetzt hergehe und sage. Nein, macht das anders, macht das so oder so. Sondern da schreibt die Bau- und Anlagenbehörde, dass eben auf Grundlage der Lärmschutzrichtlinie für Veranstaltungen vom Umweltbundesamt zu finden ist: Diese sind für alle Veranstaltungen und für die Behörde grundsätzlich bindend. Deswegen glaube ich auch nicht, oder da wird sicher in Abrede gestellt werden, dass es zu einer erratischen Praxis käme, wie Sie sagen. Basieren auf diesen Vorgaben und aufgrund der Ermittlungsergebnisse mehreren Einzelverfahren, werden Veranstaltern von Events bei denen elektronisch verstärkte Musik im Freien dargeboten wird, diverse Auflagen im Zuge der Veranstaltungsbewilligung fortgeschrieben. Die Formulierung der Auflagen wurde mit dem Umweltamt der Stadt Graz, Referat für Lärmbekämpfung und Schallschutz erarbeitet. Bei der Vorschreibung von Auflagen ist darauf zu achten, dass diese klar und verständlich formuliert, umsetzbar und auch vollstreckbar sind. Folgende Auflagen können somit bei Freiluftveranstaltungen mit Musik vorgeschrieben werden. Ich werde

das dann auch in Kopie dann entsprechend weiterschicken. Bei Musik und Tondurchsagen über Verstärkeranlagen dürfen bei der am ungünstigen gelegenen Wohnnachbarin und beim am ungünstigsten gelegenen Wohnnachbarn bis 22.00 Uhr den A-bewerteten energieäquivalenten Dauerschallpegel ($LA_{eq} = 65$) bei mehr als zehn Veranstaltungstagen im Jahr 70, bei maximal zehn Veranstaltungstagen im Jahr 75, also immer dieser Wert LA_{eq} , 75 bei maximal drei Veranstaltungstagen im Jahr oder 80, das ist sogar noch lauter, bei maximal einem Tag pro Jahr, Dezibel, ab 22.00 Uhr den A-bewerteten energieäquivalenten Dauerschallpegel und so weiter nicht überschreiten. Es ist ein bisschen schwer zu lesen, aber ich kann leider nicht anders. Für die Einhaltung des vorgeschriebenen maximalen Schallpegels, ist an einem Immissionsmesspunkt über den gesamten Veranstaltungszeitraum mit einem kalibrierfähigen Messgerät zu kontrollieren und zu protokollieren. Dazu ist das Messgerät ständig in 1,5 Meter Höhe über dem Boden und 2 bis 4 Metern Abstand vom nächstgelegenen Wohnraum beziehungsweise an der Liegenschaftsgrenze, wenn das Gebäude mehr als 4 Meter entfernt sein sollte, zu positionieren. Abweichungen sind nur mit stichhaltiger Begründung möglich. Es tut mir leid, die Antwort dauert noch länger. Aber im Kern läuft es darauf hinaus, übrigens bei sehr bassintensiven Veranstaltungen, Sie kennen das, bumm, bumm, bumm, die Bass-Musik, da gibt es dann noch zusätzliche Vorschriften, es ist der Behörde bewusst, schreibt die Frau Mag. Jurschitsch, dass die Erfüllung dieser Auflagen mit einem relativ hohen Aufwand verbunden ist, jedoch die Überprüfung der rechtlichen Vorgaben notwendig und trägt dazu bei, dass ein gutes Zusammenspiel zwischen Musikveranstaltungen und Wohnen in Graz möglich ist (*Appl.*).

GR Dr. **Hackenberger**:

Vielen Dank, lieber Herr Stadtrat, für diese Erläuterung. Was Sie vorgetragen haben, sind die technischen Grundlagen für die Maximal-Schallpegel. Der wesentliche Inhalt der Frage hat sich allerdings darauf bezogen, wer die Messungen vorzunehmen hat, ob also der Veranstalter selbst den Aufwand tragen muss für die Messung oder ob das

behördliche Messungen sind. Sollte das aus der Unterlage nicht hervorgehen, darf ich auch diese Frage nochmals stellen: Wen identifiziert die Behörde als die Stelle, die die Schallmessungen durchzuführen hat und auf wessen Kosten geht das (*Appl.*)?

StR Dr. **Riegler**:

Hier darf ich für alle, die sich vertieft dafür interessieren hier draußen, wieder verweisen auf die Stellungnahme vom 22. Mai 2023, der Bau- und Anlagenbehörde. Da sagen sie, es gibt im Wesentlichen zwei Gründe dafür, dass man diese Auflagenvorschreibung macht. Nämlich erstens, der Veranstalter sollte selbst kontrollieren können, ob die vorgeschriebene Schallbegrenzung eingehalten wird. Das ist so ähnlich wie, wenn Sie beim Auto halt keinen Tacho hätten, dann wüssten Sie nicht, wie schnell Sie fahren, also der Tachometer im Auto ist eine Art Selbstkontrollmechanismus. Und die zweite Begründung ist, dass die Behörde im Nachhinein seriöserweise nicht feststellen kann, ob die Auflagen erfüllt wurden, weil die Behörde sitzt ja nicht den ganzen Abend dabei. Also diese beiden Gründe wurden schon im Mai auch genannt von der Bau- und Anlagenbehörde, warum das durchaus sinnvoll und nutzenstiftend sei, dass das eben vorgeschrieben wird, dass man das selbst bemisst. Ob es hier jetzt verfassungsrechtliche Probleme dahingehend gibt, das muss man jedenfalls verfassungsrechtlich abklären lassen (*Appl.*).

5.8 Frage 7: Mobile Verschattungselemente für ausgewiesene Hitze-Hotspots (GRⁱⁿ Reininghaus, Neos an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

GRⁱⁿ **Reininghaus**:

Sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrte Damen und Herren hier im Gemeinderatssitzungssaal und zuhause im Livestream. Ich habe ein Sonderthema heute mit meiner Frage an die Frau Vizebürgermeisterin Judith Schwentner. Es geht

um Folgendes, am 17.9. hat der Gemeinderat ja den Ausbau der Arbeitsgruppe KIS, das steht für Klimainformationssystem, beschlossen. Und mit diesem Beschluss wurde die Arbeitsgruppe KIS auch beauftragt, und zwar das Grazer Stadtklima und die Temperatur laufend zu analysieren und auszuwerten. Wer ist da dabei, bei diesem KIS? Das ist das Stadtplanungsamt, Stadtvermessungsamt, Umweltamt und die Stadtbaudirektion, die hier zusammenarbeiten und eigentlich die Akteure der Arbeitsgruppe sind. Die Arbeitsgruppe hat ja auch schon gearbeitet, sie hat auch schon Ergebnisse vorgelegt. So sind zum Beispiel der Stadtregierung seit geraumer Zeit die Spitzenreiter unter den Grazer Hitze-Hotspots bekannt, also jene Plätze mit den höchsten Temperaturen und somit auch jene Plätze mit der höchsten Gesundheitsbelastung. Allerdings noch ohne Maßnahmensetzung oder ohne Gegenmaßnahmen. Was haben denn die Messungen von KIS ergeben? Konkret geht es um den Freiheitsplatz, den Karmeliterplatz, den Tummelplatz, die Wielandgasse, die Elisabethinergasse, Teil der Schubertstraße, die Karl-Franzens-Universität sowie die Annenstraße samt Zonen rund um den Hauptbahnhof. Also wie wissen, wo es schlimm ist. Wir wissen, wo Handlungsbedarf besteht. Und insofern habe auch ja auch schon in der Gemeinderatssitzung im März einen dringlichen Antrag eingebracht, um eben die Entschärfung der Lage zu erreichen und besonders diese ausgewiesenen Grazer Hitze-Hotspot-Plätze durch mobile Verschattungselemente zu kühlen. Auch wenn der Hauptplatz jetzt kein ausgewiesener Platz ist, denke ich mir doch, dass es auch schön wäre am Hauptplatz, wenn dieser irgendwie in einem ausgewählten Bereich, mit Sonnensegel ausgestattet ist, eine schattige Zone mit Pflanzen und Sitzmöbeln darstellen könnte, das würde mir sehr gut gefallen. Übrigens, der dringliche Antrag aus dem März wurde einstimmig angenommen. Allerdings, es fehlt an der Umsetzung. Es hieß, es möge die Stadtregierung berichten, in der Juni-Sitzung ist nichts passiert. Da die ausgewiesenen Hitze-Hotspot-Plätze nach einer raschen Lösung, noch in diesem Sommer, und darum geht es ja vor allem, rufen, und dem Gemeinderat nicht bis längstens in der Gemeinderatssitzung im Juni dazu Bericht erstattet wurde, stelle ich namens der Neos Graz gemäß § 16 der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderates folgende

Frage:

Sehr geehrte Frau Schwentner, wann ist mit einer Kühlung durch Verschattungselemente am Grazer Hauptplatz und an den Hitze-Hotspot-Plätzen laut KIS-Analyse zu rechnen, um derart die urbane Aufenthaltsqualität zu verbessern?
Danke.

Originaltext der Frage:

*Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin,
in der Gemeinderatssitzung vom 30. März 2023 habe ich in einem Dringlichen Antrag gefordert, die ausgewiesenen Grazer Hitze-Hotspots durch mobile Verschattungselemente in ihrer „gefühlten Temperatur“ zu senken, um so die Aufenthaltsqualität für Grazerinnen und Grazer, aber auch für unsere internationalen Gäste zu erhöhen. Ein ausgewählter Bereich des Hauptplatzes ließe sich durch die Montage von Sonnensegeln rasch in eine schattige Zone mit Pflanzen und Sitzmöbeln verwandeln.*

Am 17.9.2020 hat der Gemeinderat den Ausbau der Arbeitsgruppe KIS beschlossen und Stadtplanungsamt, Stadtvermessungsamt, Umweltamt und Stadtbaudirektion den Auftrag erteilt, Klimadaten laufend zu eruieren und zu analysieren. So machten die Messdaten aus dem „Grazer Klimainformationssystem“ evident, dass der Freiheitsplatz, der Karmeliterplatz, der Tummelplatz, die Wielandgasse, die Elisabethnergasse, Teile der Schubertstraße und Karl-Franzens-Universität sowie die Annenstraße samt Zone um den Hauptbahnhof, die Spitzenreiter unter den Grazer Hitze-Hotspots sind.

(https://www.graz.at/cms/beitrag/10282564/11988940/Klima_Informationssystem_KI_S.html)

Die in der KIS AG involvierten Abteilungen der Stadt Graz haben ihre Expertise also vorgelegt, mein Dringlicher Antrag wurde einstimmig angenommen, fehlt nur noch der Wille zur Umsetzung.

Maßnahmen zur urbanen Kühlung wie Fassadenbegrünungen, Baumpflanzungen oder etwa das Anlegen von Rasen- und Wasserflächen sind natürlich mittel und langfristig anzulegen. An den ausgewiesenen Hitze-Hotspot-Plätzen allerdings, darf man eine rasche Lösung noch in diesem Sommer durchaus erwarten. Schließlich bedeuten die vorliegenden stadtklimatischen Messdaten nicht weniger als einen dringenden Handlungsauftrag für die politischen Entscheidungsträger:innen.

Der Dringliche Antrag vom 30. März 2023 wurde im Gemeinderat einstimmig angenommen und sollte dem Gemeinderat bis längstens in der Gemeinderatssitzung im Juni Bericht erstattet werden. Das ist leider nicht geschehen.

Daher stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat die

Frage:

Wann ist mit einer Kühlung durch Verschattungselemente am Grazer Hauptplatz und an den Hitze-Hotspot-Plätzen laut KIS-Analyse zu rechnen, um derart die urbane Aufenthaltsqualität zu verbessern?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Liebe Frau Gemeinderätin Reininghaus, wichtige Frage, und gut passend zu Kollegen Pointners Frage, auch was die Bäume betrifft. Dann kommen wir wieder sozusagen zu der wertvollsten und besten Option, nämlich Bäume zu setzen oder Pflanzen oder entsprechende große Pflanzen, die auch Schatten werfen. Und es gibt tatsächlich diesen Grundsatzbeschluss „klimaorientierte Stadtentwicklung“, der uns sozusagen den Auftrag oder das Instrument gibt, überall zu schauen, wo können wir Schatten und entsprechende Lösungen schaffen? Die erwähnte Annenstraße, wie gesagt, dein Lieblingsprojekt oder Herzensanliegen, wird jetzt angegangen, auch dort kommen jetzt Tröge mit hoffentlich dann großen Pflanzen, die entsprechend Schatten spenden. Wie gesagt, morgen die Zinzendorfgasse, weil du das Uni-Viertel erwähnt hast, da gibt es viel, viel Wüste, Betonwüste oder Asphaltwüste, und die Zinzendorfgasse ist die erste

Maßnahme. Rund um die Baustelle Center of Physics werden viele Bäume mehr gepflanzt werden, also auch das ist in Planung. Der Lendplatz, da fehlen ja jetzt Bäume, die wollen wir bald nachsetzen und auch der Griesplatz ist in Planung. Was den Hauptplatz anbelangt, ist es nicht ganz so einfach. Und ich verstehe deine Frage und ich frage mich dann auch oft, warum macht man das nicht einfach, warum macht man nicht einfach ein paar Möbel und ein paar Tröge und Pflanzen? Aber gerade beim Hauptplatz ist es wirklich extrem diffizil, weil wir mitten in der Altstadtzone sind, weil wir sozusagen, wenn wir jetzt etwas an Fassaden anbringen würden, um hier über den Hauptplatz etwas zu spannen, muss man sämtliche Eigentumsverhältnisse klären, Bewilligungen einholen, wir haben den Denkmalschutz vor Ort. Also es ist alles keine Ausrede, ich sage nur, warum dann Dinge länger dauern, weil es auch in meinem Interesse ist. Wir haben viele, viele Veranstaltungen. Also was macht man dann mit Möbeln, die dann stehen, die weg müssen, mit Trögen, die aufgestellt werden und Schatten spenden, die dann weg müssten. Wir haben gestalterische Qualität im öffentlichen Raum, die sichergestellt werden muss, also man kann nicht irgendwelche Sonnenschirme aufstellen. Da hätten wir dann wieder sozusagen Gefahr und Sicherheitsprobleme, wenn man einen Schirm aufstellt, der umfallen könnte. Wir erleben es jetzt am Bischofsplatz, dass die Möbel irgendwo hingetragen werden manchmal, und da schauen wir jetzt gerade, dass wir Möbeln dort verankern. Es ist ja dort auch alles temporär. Beim Bischofsplatz möchte ich darauf hinweisen, dass zwar eine Baustelle war und deswegen war das alles ein bisschen beeinträchtigt, aber das ist zum Beispiel ein natürlich durch die Häuser, schöner, gekühlter Platz, also man kann auch auf diese Plätze, die neu- und sozusagen jetzt freigeschaffen wurden, ausweichen. Wir haben in der Stockergasse, Zinzendorfgasse eben die Projekte. Wie gesagt, der Hauptplatz an sich ist nicht ganz banal, weil da noch viele andere Dinge dazukommen, die es ein bisschen erschweren, dort einfach mitten drinnen jetzt etwas drüberzuspannen oder etwas aufzustellen. Aber das ist kein Grund, das nicht irgendwann einmal zu machen oder anzugehen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Reininghaus:

Ich habe einen Zusatzgedanken in diesem Bereich, weil ich frage mich dann schon, wozu leisten wir uns das KIS, wenn die schon Hitze-Hotspot-Plätze ausweisen und am Ende passiert dann nichts damit? Also das war so die Frage jetzt, meine Abschlussfrage.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner:

Das KIS gibt uns ja laufend Informationen. Wir haben ja erst vorletzte Woche am Lendplatz die neue Station eröffnet, direkt bei der Feuerwehrrache, ganz oben, weit über den Dächern, um dort auch entsprechende Informationen zu bekommen. Wir wissen, dass zum Beispiel am dem Tag, an dem wir es eröffnet haben, hatte es dort am Lendplatz 2 Grad mehr als im beschatteten Bereich im Stadtpark herum. Das heißt, wir brauchen die Daten und nach und nach erfolgen ja Maßnahmen. Wie gesagt, Annenstraße, Zinzendorfgasse, Lendplatz, überall, wo wir jetzt Bäume setzen. Also du rennst bei mir in offene Türen hinein, kann ich nur sagen.

**5.9 Frage 8: Ganztagesangebot Ferienprogramm
(KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) Braunersreuther, KPÖ an StR Hohensinner,
MBA, ÖVP)**

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) Braunersreuther:

Sehr geehrte Kolleg:innen, sehr geehrte Zuseher:innen, lieber Herr Stadtrat. Ferien sind eine schöne Zeit, da sind sich alle Kinder und Jugendlichen einig, glaube ich. Die Eltern finden das manchmal so mittelschön, die Zeit, vor allen Dingen, wenn sie arbeiten müssen und wissen, dass sie für ihre Kinder eine Betreuung brauchen. Und das ist eine große organisatorische Herausforderung manchmal. Zum Glück gibt es ja dafür in der Stadt Graz die Ferienkurse, die sehr kostengünstig sind, und ich glaube, die sind auch tatsächlich so gestaltet, dass alle Kinder da etwas finden können, ob Sport

oder Kreativität oder Wissenschaft. Was uns jedoch aufgefallen ist, dass nur ein Teilangebot für diese Fernangebote ganztätiglich ist, was natürlich für berufstätige Eltern, vor allen Dingen für solche, deren Kinder in einem Alter sind, wo sie zu diesen Kursen hingebacht oder abgeholt werden müssen, und das sind ja genau die, die Betreuung für ihre Kinder suchen, eine große Schwierigkeit darstellt. Deswegen meine

Frage:

Sind Sie bereit, das Angebot der Ferienkurse in diesem Sommer zu evaluieren und einen Bedarf an eventuell mehr Ganztagsangeboten für die Ferienkurse abzufragen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

Ferien sind eine schöne Zeit – für Schüler:innen. Für berufstätige Eltern von Schüler:innen, die betreut werden müssen, bedeuten Ferien nicht selten eine Organisationshölle. Denn wenn nicht zufällig Großeltern in der Nähe sind, die auf die Kinder aufpassen, muss professionelle Betreuung organisiert werden. Angebote gibt es viele, aber die meisten sind sehr kostspielig. Grazer Eltern haben Glück, dass die Stadt ein so umfangreiches Angebot an Sport- und Kreativkursen anbietet beziehungsweise vermittelt, die ihre Kinder zu sehr günstigen Preisen in den Ferien besuchen können. Leider handelt es sich nur bei einem Bruchteil der Kurse um Ganztagsangebote. Als Betreuungsoption sind solche Kurse für vollzeitbeschäftigte Eltern daher ungeeignet – insbesondere dann, wenn Kinder zu diesen Kursen gebracht und abgeholt werden müssen.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgende

Frage:

Sind Sie bereit, das Angebot der Ferienkurse in diesem Sommer zu evaluieren und einen Bedarf an mehr Ganztagsangeboten abzufragen?

StR Hohensinner:

Liebe Frau Gemeinderätin, sowohl das Sportamt als auch das Jugendamt haben ein wirklich umfangreiches Ferienangebot zu bieten. Wir evaluieren und adaptieren das auch laufend. Das ist schon deshalb notwendig, weil sich die Trends ja ständig verändern, und wir wollen für die Jugend up to date sein. Im Sportamt bieten wir 4.400 Plätze an in fast 50 Sportarten. Im Jugendamt sind es 2.000 Plätze, die Sportamtskurse kosten 10 Euro. Ganz früher haben sie nichts gekostet, aber wir haben 10 Euro eingeführt und das ist sinnvoll, weil die Erfahrung war, dass, als das noch kostenlos angeboten wurde, haben sich die Familien bei sämtlichen Kursen angemeldet und dann sind sie nicht gekommen und die 10 Euro sind, glaube ich, auch ertragbar. Das ganztägige Wochenangebot haben wir erst im Jahr 2020 eingeführt, das war so nach der ersten großen COVID-Welle. Da war es mir ganz wichtig, dass wir den Familien hier unter die Arme greifen, dass wir ein ganztätiges Angebot machen, weil ja die Urlaube gerade in der COVID-Zeit erschöpft wurden und da haben wir wirklich breit das Angebot ausgebaut. Im Sportamt haben wir 330 Plätze, da kann man dazu sagen, das beginnt um 8.00 Uhr in der Früh, geht bis 16/17.00 Uhr, es ist dort auch eine Verpflegung mit dabei, Kostenpunkt 150 Euro für die Woche, SozialCard-Inhaber zahlen 50 Euro, im Jugendamt sind es 200 Plätze, Kostenpunkt 110 Euro, für SozialCard-Inhaberinnen und Inhaber 60 Euro. Im Sportamt haben wir diese Wochenangebote in Sportstätten, wo wir auch Swimmingpools haben, wie ATG, VGT und Augustinum. Da können wir Jugendlichen wirklich alle Sportarten ausprobieren, das ist wirklich großartig. Im Jugendamt gibt es eine breite Palette von der Zauberwoche bis zu Erlebniswoche im Grazer Urwald. Und wir haben derzeit jetzt noch 45 Plätze anzubieten, was das ganztägige Angebot betrifft. Also Frau Gemeinderätin, wir evaluieren laufend und bauen die Angebote dann auch entsprechend aus. Und ich

wünsche allen Familien, aber vor allem den Kindern, die jetzt hoffentlich zuschauen, superschöne Sommerferien (*Appl.*).

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther:**

Eine kurze Zusatzfrage, vielleicht können Sie das zum Verständnis hier für uns alle sagen. Mit welchen Mitteln wird hier evaluiert beziehungsweise wer wird hier befragt, um die Notwendigkeit für welche Kurse? Danke.

StR **Hohensinner:**

Es ist unterschiedlich, wir sind hier mit den Vereinen in Kontakt, die Eltern geben uns hier oft Rückmeldungen. Wir schauen auch, dass wir ein barrierefreies Angebot setzen. Das ist mir spezielle wichtig, dass Familien mit behinderten Kindern auch ein Angebot haben. Natürlich eine wichtige Rückmeldung der ein Indikator ist, ob noch freie Plätze sind, wenn alle Plätze ausgebucht sind, ist das die klarste Rückmeldung, dass wir das Angebot ausbauen müssen. Also es gibt hier wirklich den regen Austausch mit den Familien, dass wir ein entsprechendes Angebot setzen können (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Dankeschön, wir sind jetzt mit der Fragestunde am Ende. Alle anderen Fragen werden so gut wie möglich rasch beantwortet. Meine Frage, die ich bekommen hätte, gebe ich gleich direkt ab, ich habe sie schriftlich sowohl für Herrn Gemeinderat Winter, als auch für die Präsidiale schon fertig.

Ende Fragestunde: 13.20 Uhr.